Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

259 (19.9.1922) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle und in uns. Ausgabestellen abgeholt monatlich M 100.—, frei Haus geliefert monatlich M 110.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen M 110.—; durch die Post einsch. Zustellungsgebühr M 110.— monatlich. Einzelverkauf Werktags 4.— Sonntags 5.— M.

Postscheckkonto Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum M 15.—; auswärts M 20.—; Familienanzeigen u. Stellengesuche M 9.—; Reklamezeile M 50.—; an erster Stelle M 60.—. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 8 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 208. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Jobo; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 259. — Dienstag, den 19. September 1922 — Erstes Blatt.

Die Lage der Reichsbahn.

Vom

Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. A. von der Leyen.

Fast ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seitdem der Plan, alle deutschen Eisenbahnen in den Besitz und die Verwaltung des Deutschen Reiches zu übertragen — der Reichseisenbahngedanke — erörtert und seine Ausführung in Angriff genommen worden ist. Fürst Bismarck, der Leiter der Reichseisenbahnpolitik war es, der im Jahre 1875 als den besten Ausweg aus den damaligen Wirren die Uebertragung der Bahnen — zunächst der Staatsbahnen, dann aber auch der Privatbahnen — an das Reich vorschlug; dabei leiteten ihn nicht, wie das vielfach behauptet wird, ausschließlich politische, sondern mindestens in demselben Maße wirtschaftliche Gründe. Denn das deutsche Eisenbahnwesen befand sich damals in einer schweren Krisis. Die Hauptrolle spielten in Norddeutschland und in Mitteldeutschland die großen Privatbahnen, nicht allein im Umfang, sondern vor allem in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung. Neben ihnen war in Preußen ein zerrissenes, in Oldenburg, Sachsen und den süddeutschen Staaten waren mehr oder weniger geschlossene Staatsbahnnetze. Die meisten in sich selbständigen Unternehmungen arbeiteten mehr gegen- als miteinander, beinahe ausschließlich durch ihre finanziellen Interessen geleitet. Das Durcheinander der Eisenbahntarife war für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft nahezu unerträglich. Der Betrieb war unregelmäßig. Selbst die großen, durchgehenden Personenzüge gingen unpünktlich ab und kamen unpünktlich an, bei den Privatbahnen wurden die oberen Beamten glänzend, die mittleren und unteren Beamten sowie die Arbeiter schlecht bezahlt.

Alle Versuche, solche Mißstände durch strenge Reichsaufsicht, durch ein Reichsgesetz, durch gesetzliche Einführung einheitlicher Tarife zu beseitigen, scheiterten. Die Staatsbahnen waren machtlos. Da glaubte Fürst Bismarck in einer Vereinheitlichung aller dem großen Verkehr dienenden Eisenbahnen das richtige Mittel zur Beseitigung der Mißstände gefunden zu haben.

Aber auch dieses Mittel versagte an dem Widerstand der Mittelstaaten, die nicht gesonnen waren, auf ihre Eisenbahnhoheitsrechte zugunsten des Reichs zu verzichten. Die damaligen Erörterungen und Untersuchungen hatten jedoch außer diesem negativen ein positives Ergebnis. Die allgemeine Ueberzeugung hatte sich dahin verdichtet, daß die Hauptursache des Uebels das Nebeneinanderbestehen der Staatsbahnen und der mächtigen Privatbahnen war, daß es die erste Aufgabe der Staaten, vor allem Preußens, sei, die Privatbahnen für den Staat zu erwerben und von dem gemischten zum reinen Staatsbahnsystem überzugehen. Dieser Weg ist denn auch beschritten und es sind nach dem Ankauf aller wichtigeren Privatbahnen durch Preußen, Bayern, Sachsen und Mecklenburg in den folgenden Jahrzehnten glänzende Erfolge, wirtschaftlicher und finanzieller Art, erreicht worden. Durch einträchtiges Zusammenarbeiten der Staatsbahnländer — die wenigen noch vorhandenen Privatbahnen spielten keine Rolle mehr — ist Ordnung im deutschen Eisenbahnwesen geschaffen, nicht nur bis zum Ausbruch, sondern bis zum Ende des Krieges, in dem die deutschen Eisenbahnen bewundernswerte Leistungen für die Kriegführung und für den allgemeinen Verkehr aufzuweisen haben.

Am 1. April 1920 sind nun auf Grund der Artikel 89 ff. der Reichsverfassung die deutschen Staatsbahnen in das Eigentum und die Verwaltung des Reiches übergegangen. Die politischen Widerstände, die der Ausführung des Bismarckschen Reichseisenbahngedankens im Jahre 1876 entgegenstanden, sind durch die Reichsverfassung beseitigt worden. Und zwei volle Jahre des Reichsbahnbetriebes liegen heute hinter uns, die sich einigermaßen übersehen lassen.

Die Staatsbahnen der Länder haben, wie vorher bemerkt, bis zum Jahre 1917 unter den schwersten Verhältnissen das Möglichste geleistet. Sie haben während des Kriegsbetriebes den bürgerlichen Verkehr zwar eingeschränkt, aber doch aufrecht erhalten. Dabei schloß das Jahr 1917 noch mit einem Betriebsüberschuß von 786 Millionen Mark ab. Von da an beginnen erst die Fehlbeträge, 1324 Millionen im Jahre 1918, 2591 Millionen 1919. Das Reich aber mußte den Ländern für ihre in so schlechter Finanzlage befindlichen Bahnen, deren technischer Apparat zudem völlig abgewirtschaftet war, die einen großen, und zwar den besten Teil ihrer Betriebsmittel an die Feindstaaten hatten abliefern müssen, einen Kaufpreis von fast 41 Milliarden zahlen, während die Herstellungskosten sich auf rund 30 Milliarden beliefen! Das Reich übernahm damit nicht nur die Eisenbahn-, sondern die gesamten Staatsschulden aller Eisenbahnländer und zahlte an sie noch etwa 6 Milliarden Mark zu. Ob und welcher Betrag der die Reichsbahn belastenden Schulden auf das Reich übernommen werden wird, steht noch dahin. Es soll durch das in Vorbereitung befindliche Eisenbahnfinanzgesetz festgestellt werden, durch das die Reichsbahn überhaupt eine größere finanzielle Selbständigkeit erhalten soll.

Aber es war nicht nur die finanzielle Not, die an der Wiege der Reichsbahn stand. Der technische Apparat der Bahnen war zerrüttet, die Betriebsmittel unzureichend, das Personal, das von den Ländern in letzter Zeit noch vermehrt worden war, arbeitsunlustig und infolge Einführung des Achtstundentages und des Zwanges der Aufnahme unzureichender Kräfte weit über den Bedarf angewachsen, die sachlichen Ausgaben hatten infolge der Teuerung und der Geldentwertung schon damals eine bedenkliche Höhe erreicht, und überdies mußten die aus den verschiedenen Staatsbahnen übernommenen höheren Beamten der Direktionen und des Ministeriums ein gedeihliches Zusammenarbeiten erst allmählich lernen.

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten werden der Reichsbahn Vorwürfe verschiedener Art gemacht. Die Leitung des Betriebes sei mangelhaft, was sich in der unzureichenden Wagengestellung, der zeitweiligen Anordnung von Verkehrssperren zeige. Die Fehlbeträge, d. h. der Ueberschuß der Ausgaben über die Einnahmen, dauern fort. Die zur Erhöhung der Einnahmen fortlaufend eingeführten Erhöhungen der Personen- und Gütertarife seien nicht das richtige Mittel, belästigten überdies den Verkehr und trügen zu der immer fortschreitenden Verteuerung der Lebensnotwendigkeiten und der Betriebsstoffe bei. In viel höherem Maße als bisher müsse auf Verminderung der Ausgaben durch Vereinfachung und Verbesserung der Organisation, vor allem aber durch Abschiebung der überflüssigen Beamten und Arbeiter hingewirkt werden.

Ueber die Richtigkeit und Unrichtigkeit, die Zuverlässigkeit, die Beweiskraft der zur Erhärtung solcher Vorwürfe ins Feld geführten Zahlen will ich mich hier nicht äußern; ebensowenig behaupten, daß die Verwaltung der Reichsbahn mit ihren Maßnahmen immer das Richtige getroffen, daß nicht manches anders und vielleicht schneller hätte gemacht werden können. Aber wenn man die tatsächlichen Ergebnisse der Verwaltung in ihren ersten zwei Jahren betrachtet, läßt sich eine fortschreitende Verbesserung der Verhältnisse kaum bestreiten. Der Betrieb, insbesondere im Personenverkehr, ist wieder ein regelmäßiger. Der Güterverkehr, der bisher besonders unter dem Mangel an Lokomotiven gelitten hat, die Wagengestellung bessert sich, wenn auch die Ergebnisse der Vorkriegszeit noch nicht wieder erreicht sind. Die finanziellen Fehlbeträge sind zwar noch nicht beseitigt, aber sie haben sich doch verringert. Von amtlicher Stelle ist vor kurzem mitgeteilt, daß der Fehlbetrag, der im Jahre 1920 sich auf 15,6 Milliarden belief, im Jahre 1921 nur noch 6,9 Milliarden betragen, sich gegenüber dem Voranschlag um 3,9 Milliarden vermindert hat. Das erste Vierteljahr 1922 hat sogar mit einem Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben von 2,5 Milliarden abgeschlossen.

Dieses doch gewiß erfreuliche Ergebnisse ist nun nicht allein durch Steigerung der Einnahmen mit Hilfe der Tariferhöhungen, sondern auch durch Verminderung der Ausgaben, durch Abschiebung von 27 000 Personen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai d. J. und durch Betriebsverbesserungen erreicht worden. Am 8. August sind ferner vorläufige Dienstvorschriften über die Regelung der Arbeitszeit des Betriebs- und Verkehrspersonals der Reichsbahn im Einvernehmen mit den Gewerkschaften erlassen worden, durch die die schlimmen Folgen des Achtstundentages wesentlich abgeschwächt werden.

Leider aber ist die Aera der Tariferhöhungen damit noch nicht abgeschlossen. Die steigende Teuerung und Erhöhung aller sachlichen Ausgaben, vor allem der Kohlen und ferner der Gehälter und der Löhne haben die Ausgaben so stark vermehrt, daß auf eine neue Erhöhung der Einnahmen Bedacht genommen werden mußte. Das erste Bestreben der Reichsbahn muß die dauernde Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt sein, zumal, wie wenigstens behauptet wird, die dem Verkehr aufgebürdeten Lasten noch nicht unerträglich sind, wenn auch einzelne Güter darunter leiden.

Die Garantie der Schatzwechsel gesichert.

Die Reichsbank garantiert für die Schatzwechsel?

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Schneller, als man erwartet hatte, ist der Reichsbankpräsident Havenstein aus London zurückgekehrt. Schon gestern mittag verlautete, daß das Ergebnis seiner Verhandlungen mit der Bank von England nicht unbefriedigend sei. In der Sitzung der Reichsregierung, die dann gestern nachmittag stattfand, teilte Präsident Havenstein mit, daß die Reichsbank bereit sei, die an Belgien abzuführenden Schatzwechsel zu garantieren. Die deutsche Regierung wird sofort Mitteilung an die belgische Regierung machen, so daß damit die deutsch-belgischen Garantieverhandlungen ein befriedigendes Ende gefunden haben und Deutschland vorläufig auf 6 Monate von Goldzahlungen befreit ist. Es muß also dem Reichsbankpräsidenten gelungen sein, ein Abkommen mit der Bank von England zu schließen, durch das eine Berührung des Golddepots der Reichsbank unnötig wird. Einzelheiten über dieses Abkommen liegen noch nicht vor, so daß wir für den Augenblick auch noch mit einer Würdigung zurückhalten müssen, ob etwa der Preis für die Atempause zu hoch bezahlt ist oder nicht.

Wie wir hören wird auch von seiten der Reichsregierung und der Reichsbank nicht beabsichtigt, vorläufig derartige Einzelheiten der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Dieser Entschluß dürfte im Einverständnis mit der Bank von England gefaßt sein, mit dem Ziele besonders, den Franzosen vor Augen zu führen, daß das Abkommen zwischen der autonomen deutschen Reichsbank und der autonomen Bank von England eine reine private banktechnische Angelegenheit ist, in die sich Frankreich nicht einmischen kann. Nach außen hin besteht wohl die Tatsache, daß die Reichsbank für die Schatzwechsel garantiert und sich bei der Bank von England eine Rückendeckung verschafft hat. Alles weitere geht niemand etwas an, besonders Frankreich nicht.

Dieser Hinweis ist von Wichtigkeit, da bekanntlich Frankreich den Versuch gemacht hat, die Londoner Verhandlungen Havensteins zu durchkreuzen mit der Feststellung, Frankreich werde eine derartige Rückendeckung durch die Bank von England nicht anerkennen können. Belgien wird sie anerkennen und das ist für Deutschland allein maßgebend.

Garantie durch die Reichsbank und die Bank von England.

t. **Berlin**, 18. Sept. (Drahtber.) **Havenstein teilte bei der Kabinettssitzung mit, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die sechsmonatlichen Schatzwechsel vom 15. Februar bis 15. Juni 1923 mit ihrer Unterschrift zu versehen. Das Reichskabinett nahm diese Erklärung des Reichsbankpräsidenten entgegen und beschloß, der belgischen Regierung sofort eine entsprechende Mitteilung zu machen.**

Berlin, 18. Sept. (Drahtber.) **Reichsbankpräsident Havenstein hat nach einer Mitteilung in der Nachtausgabe des „Tag" auf seiner Reise nach London einen großen Erfolg errungen. Er hat an der Themse seine Absichten beinahe in vollem Umfange erreicht. Die Bank von England wird die Garantie für die deutschen Schatzwechsel binnen 6 Monaten übernehmen, und von der Reichsbank wird ebenfalls eine Garantie für die Schatzwechsel übernommen.**

Havenstein aus London zurück.

w. **Berlin**, 18. Sept. (Drahtber.) Wie wir hören, ist Reichsbankpräsident Havenstein aus London zurückgekehrt und hat heute vormittag dem Reichskanzler über den Verlauf seiner Beratungen Bericht erstattet. Heute nachmittag findet eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die sich mit der Reparationsfrage beschäftigen wird.

w. **Berlin**, 18. Sept. (Drahtber.) Mehrere Blätter glauben aus der schnellen Rückkehr Havensteins aus London auf einen glatten Verlauf der Verhandlungen mit der Bank von Englond schließen zu dürfen, die ein günstiges Resultat erhoffen lassen. Nach Abschluß der Beratungen des Reichskabinetts über das Ergebnis der Reise Havensteins werde die belgische Note beraten werden und zwar, wie das „Berl. Tageblatt" hört, wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche.

Geleistete Zahlungen im Ausgleichverfahren.

t. **Berlin**, 18. Sept. Die Zahlungen im Ausgleichsverfahren die vor einigen Tagen reklamiert wurden, sind heute ausgeführt worden.

Dubois amtsmüde.

Loucheur Mitglied der Reparationskommission.

Paris, 18. Sept. (Eig. Drahtber.) **„Chicago Tribune" bestätigt die Meldung, daß Loucheur an die Stelle von Dubois in die Reparationskommission eintreten werde. Dubois wünsche so schnell wie möglich sein Amt niederzulegen. Die Ernennung Loucheurs zum Mitglied der Reparationskommission wird nach französischen Pressestimmen die französische Reparationspolitik vollständig umstürzen. Der Schwerpunkt dürfte künftig auf die Sachleistungen gelegt werden. Das Wiedererscheinen Loucheurs in der Politik werde die Lage für ein enges wirtschaftliches Zusammenarbeiten Frankreichs und Deutschlands aufklären.**

*

Um die Durchführung des Stinnes-Lubersac-Abkommens.

t. **Berlin**, 18. Sept. Die wirtschaftliche Organisation des deutschen Handwerks hat jetzt wegen Beteiligung an der Durchführung des Stinnes-Lubersac-Vertrages Verhandlungen mit dem Stinnes-Konzern begonnen.

Der Völkerbund.

Nansens Hilfsaktion für die Opfer des Orientkrieges.

w. **Genf**, 18. Sept. (Drahtbericht.) Im Verlaufe der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung wurde ein Schreiben Nansens verlesen, in dem geraten wird, den Flüchtlingen aus Smyrna die in Konstantinopel für die russischen Flüchtlinge geschaffene Organisation zur Verfügung zu stellen und eine Vermittlungsaktion des Völkerbundes oder andere Maßnahmen zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei zu ergreifen.

Die Aufnahme Ungarns.

t. **Genf**, 18. Sept. (Drahtber.) Die heutige Versammlung des Völkerbundes sprach sich einstimmig für die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund aus, nachdem bereits vor einigen Tagen der Eintritt Ungarns von der 6. Kommission genehmigt worden war. Der tschechoslowakische Vertreter hatte im Namen der Kleinen Entente noch einmal in einer längeren Rede allen Bedenken gegen die Aufnahme Ausdruck verliehen. Er erinnerte vor allem an die Verstöße Ungarns gegen die Abrüstungsklausel im Friedensvertrage von Trianon, an seine Vergehen gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung gegen alle Staatsbürger, wobei er auch auf die Zurückweisung der israelitischen Staatsbürger verweist, erklärt aber schließlich, daß die Kleine Entente für die Aufnahme stimme, nachdem ausdrücklich festgestellt worden sei, daß die Aufnahme auf Grund der Erklärungen des ungarischen Außenministers Grafen Banffy erfolge. Diese Erklärungen, in denen Ungarn sich verpflichtet hat, seine internationalen Verpflichtungen inne zu halten, beziehen sich, wie der tschecho-slowakische Delegierte ausdrücklich feststellt, auf die Verpflichtungen hinsichtlich der Absetzung der Habsburger Dynastie. Die Versammlung schritt hierauf zur namentlichen Abstimmung. Alle anwesenden Delegierten stimmten für die Aufnahme. Präsident Edwards beglückwünschte Ungarn zu diesem Ergebnis und lud die ungarischen Delegierten ein, ihre Vollmachten dem Prüfungsausschuß zu überreichen, inzwischen aber in der Versammlung bereits Platz zu nehmen. Die Abstimmung und die Rede des Präsidenten wurden mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

Dollarkurs gestern abend 1500.

Sozialistische Einigung.

In Augsburg finden die Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteitages statt, denen in diesem Jahre eine besondere politische Bedeutung zukommt. Im Mittelpunkt der Tagung steht die Einigung mit den unabhängigen Sozialisten, die ihren letzten Sonderkongreß in Gera abhalten wollen, um sich dann auf einem Einigungsparteitag am 24. September in Nürnberg mit den „alten" Sozialdemokraten zusammenzuschließen.

Damit soll ein Streit begraben werden, der im verhängnisvollen Jahre 1914 über Bewilligung oder Ablehnung der Kriegskredite ausbrach und seitdem zu immer neuen Spaltungen und Absplitterungen der deutschen Arbeiterparteien geführt hat. Bei den bisherigen Einigungsverhandlungen waren recht erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, namentlich bei den Unabhängigen, die es schwerer als die Mehrheitssozialdemokraten hatten, ihre radikalisierten Massen von der Notwendigkeit der Einigung zu überzeugen. Nicht plötzlich aufgetretene große Liebe zwischen den Mitgliedern der einzelnen Parteien hat den Wunsch nach Einigung zustande gebracht, sondern die politische Entwicklung und auch im wesentlichen materielle Notwendigkeiten.

Beide Parteien haben unter der Geldentwertung und Geldknappheit ebenso wie alle anderen politischen Parteien gelitten. Die Mehrheitssozialdemokratie allerdings weniger als die Unabhängigen. Die Unabhängigen waren sich wohl schon seit längerer Zeit darüber im klaren, daß sie aus eigener Kraft einen neuen Wahlkampf geldlich kaum würden durchführen können. Dazu kam die von Tag zu Tag gestei-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

gerte Not der Parteipresse, die immer mehr die Einigung als den noch einzigen Weg erscheinen ließ, die Ebbe in der Parteikasse einigermaßen zu bannen. Rein politisch ist es aber zweifellos ein gut Stück Weges von jenem Leipziger Parteitag der Unabhängigen, der sich nahezu einstimmig zur Rätediktatur bekannte, bis zu dem Einigungsprogramm, das jetzt der Beschlußfassung des Augsburger Parteitages unterliegt und das einen scharfen Schnitt macht zwischen den künftig vereinten Sozialisten und den Kommunisten. Im übrigen ist das sozialistische Aktions- und Einigungsprogramm ein regelrechtes Kompromiß. Es weist beim ersten Anblick gewiß eine größere Aehnlichkeit mit dem vorigjährigen Görlitzer Programm der Mehrheitssozialdemokratie als mit den Leipziger Beschlüssen der Unabhängigen auf. Aber es enthält auch mancherlei Formulierungen und stellt mancherlei „Kampfziele" auf, die höchst fragwürdiger Natur sind. Nach einigen einleitenden Sätzen, die gegen den Kapitalismus zu Felde ziehen und den Sozialismus als das Allheilmittel für alle Wirtschaftsnöte der Welt ausgeben, werden die einzelnen Forderungen in sechs Sonderabschnitten vorgetragen.

Der erste Abschnitt enthält die verfassungsrechtlichen Forderungen und tritt für die Festigung des Reiches, für eine umfassende Demokratisierung der gesamten Verwaltung, überhaupt für eine energische Sicherung der demokratischen Republik ein. In einem starken Widerspruch damit steht aber, wenn die Verfasser des Programmentwurfs erklären, daß sie die Republik als die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus ansehen. Die demokratische Republik scheint ihnen somit nur als etwas „Vorläufiges" zu gelten, als eine Einrichtung, die zur Erkämpfung der speziellen sozialdemokratischen Parteiziele dienen soll. Ein weiterer Abschnitt des Entwurfes proklamiert den Kampf gegen die „Klassenjustiz" und fordert die Ausdehnung des Laienrichtertums, Abschaffung der Todesstrafe und Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen. Alles ganz gut, solange keine umgekehrte Klassenjustiz das Endziel ist. Es folgen in den nächsten Abschnitten die Forderungen für Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, sowie für Gesundheitspflege und Volkserziehung. Man hat sich hier, bei Formulierung der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmsätze verständigerweise vor den althergebrachten ideologischen Ueberschwenglichkeiten gehütet. Bemerkenswert sind insbesondere auch einige Sätze aus dem der Sozialpolitik gewidmeten Abschnitt. Es wird da die Sicherung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts der Arbeiter gefordert. Im Anschluß hieran heißt es dann in einem besonderen Satz: Ausbau der staatsbürgerlichen wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Man darf aus dieser Unterscheidung zwischen Arbeiterstreikrecht und wirtschaftlichen Rechten der Beamten wohl eine Ablehnung des Beamtenstreikrechts folgern. Dieses Einigungsprogramm kann zu einer ruhigen Entwicklung der neuen vereinten Parteien und zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien in den kommenden schweren Monaten führen, wenn es gelingt, den unversöhnlichen linken Flügel der Unabhängigen bei der Einigung auszuschalten, so daß er unter Ledebour eine kleine selbständige, aber bedeutungslose Partei bleibt oder zu den Kommunisten abschwenkt, wohin er mit seinem verrannten Ziele einer „Diktatur des Proletariats" gehört.

*

Der Parteitag der S.P.D. gegen die Erhöhung des Umlagegetreidepreises.

t. **Augsburg**, 18. Sept. Wie der „Berl. Lok.-Anzeiger" meldet, hat der Sozialdemokratische Reichsparteitag gestern ein Protesttelegramm an den Reichskanzler gesandt gegen die Erhöhung des Umlagegetreidepreises.

b. **Berlin**, 18. Sept. (Eig. Drahtber.) Die vom volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages beschlossene Erhöhung des Umlagepreises für Getreide hat in der Sozialdemokratischen Partei große Erregung hervorgerufen. Die Sozialdemokraten bezeichnen den Beschluß des Ausschusses als gesetzwidrig und drohen mit dem Austritt der Sozialdemokratischen Partei aus der Reichsregierungskoalition, wenn der Beschluß nicht rückgängig gemacht würde. Auf dem Augsburger Parteitag hat der Parteivorsitzende Hermann Müller in seiner Programmrede mitgeteilt, der Parteivorstand habe gegen den Beschluß des Ausschusses, dem jede gesetzliche Grundlage fehle, in einem Telegramm an den Reichskanzler sofort Beschwerde eingelegt, und für den Fall der Zustimmung des Reichskabinetts zu dieser Preisfestsetzung die Verantwortung für alles das, was in diesem Winter kommen werde, abgelehnt.

w. **Berlin**, 18. Sept. (Drahtber.) Das Reichskabinett wird sich, wie die „Vossische Ztg." vernimmt, heute mit dem Ausschußbeschluß über die Erhöhung des Getreideumlagepreises befassen. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Augsburg wurde versichert, daß eine Erhöhung des Umlagepreises auf das Vierfache für ein Drittel der Umlagemenge unweigerlich zum Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung führen werde. Eine erneute Krisengefahr lasse sich aber vermeiden, wenn das Kabinett seine Zustimmung zu dem Beschluß des Ausschusses verweigert und so den Weg zur Kompromißlösung öffne.

Schwierigkeiten bei der Einigung der beiden sozialistischen Parteien im Saargebiet.

Frankfurt, 18. Sept. Die Einigung der sozialistischen Parteien im Saargebiet scheint, wie die „Frankf. Zeitung" berichtet, gewissen Schwierigkeiten zu begegnen. Dort hat die Mehrheitssozialdemokratie bisher zu den entschiedensten Vertretern des Deutschtums gezählt, während die Unabhängigen sich mehr zu Werkzeugen der französischen Annexionspolitik machen ließen. Es braucht nur an ihre Beziehungen zu dem Propagandablatt „Neuer Saarkurier" erinnert zu werden und an den Austritt der größten Ortsgruppe Neunkirchen aus der U.S.P. des Saargebietes, der damit begründet wurde, daß die behauptete französische Subventionierung des Parteiblattes von der Leitung der Partei nicht widerlegt werden konnte. Jetzt schreibt die mehrheitssozialistische „Volksstimme" in Saarbrücken, erst müsse die von Neunkirchen aus begonnene Säuberungsaktion innerhalb der U.S.P. erfolgt sein, ehe auch im Saargebiet für diese Einigung freie Bahn sei. In dem besetzten Rheinlande dürften Schwierigkeiten dieser Art, wenn sie überhaupt auftauchen, nicht mehr umfangsreich sein. Die deutsche Gesinnung der rheinischen Arbeiterschaft wird gewiß dafür Sorge tragen, daß gegen alle Annexions- und Unterwühlungsversuche des französischen Militarismus und seiner separatistischen Agenten auch die sozialdemokratische Einheitspartei in Kampfstellung bleibt.

Der Krieg im Orient.

120 000 Tote.

t. **London**, 18. Sept. (Drahtber.) Nach Berichten aus Athen sollen bei dem Brand von Smyrna 120 000 Menschen ums Leben gekommen sein.

Russisch-türkische Waffenbrüderschaft.

London, 18. Sept. (Eig. Drahtber.) Die Note, die Mustafa Kemal an den in Berlin weilenden Tschitscherin gerichtet hat mit der Erklärung, daß er an dem Versailler Vertrag festhält und Rußlands Teilnahme an den kommenden Orientverhandlungen wünsche, hat in London großes Aufsehen hervorgerufen, umsomehr als gleichzeitig von mehreren Seiten Nachrichten über kriegerische Vorbereitungen der Sowjetregierung eingetroffen sind. Der revolutionäre Kriegsrat in Moskau hat eine außerordentliche Sitzung unter dem Vorsitz Trotzkis abgehalten. Es wird versichert, die Konferenz habe beschlossen, sofort sämtliche Truppen der kaukasischen Republiken, ferner die im Kaukasus befindlichen drei Divisionen der Roten Armee und die bolschewistische Flotte im Schwarzen Meer in Tätigkeit treten zu lassen. „Daily Telegraph" will wissen, daß der russisch-türkische Vertrag die Sowjetregierung verpflichtet, mit den Türken bei der Wiedergewinnung der Meerengen zusammenzuwirken, wofür Rußland Gegenleistungen für Handelsfreiheiten im Schwarzen Meer erhalten soll.

Berlin, 18. Sept. (Drahtber.) Der Berliner Vertreter der englischen „International-News-Service" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß sich in Berlin zurzeit Abgesandte Mustapha Kemal Pascha incognito befinden. Sie haben der Berliner Sowjetvertretung erklärt, daß die Türken keine Friedensverhandlungen anknüpfen werden, bei welchen nicht Sowjetrußland als gleichberechtigte Macht vertreten sei.

Besprechung der alliierten Staatsmänner über die türkische Frage.

London, 18. Sept. Lloyd George, Chamberlein, Birkenhead, Evans und Churchill hatten am gestrigen Sonntag in Chequers eine Zusammenkunft, wobei sie die Beratungen über die türkische Frage fortsetzten. Heute Montag findet in der Downing-Street ein Kabinettsrat statt. — Der serbische Minister des Aeußern wird morgen in London eintreffen, um sich mit Lloyd George zu unterhalten.

Poincaré kehrt nach Paris zurück.

w. **Paris**, 18. Sept. (Drahtber.) Wie der „Neuyork Herald" erfährt, beabsichtigt Poincaré, wegen der Dringlichkeit der durch die englische Erklärung bezüglich der Freiheit der Meerengen entstandenen Lage heute nach Paris zurückzukehren.

Englands schwierige Lage.

w. **London**, 18. Sept. Die Reuternote über die Haltung der britischen Regierung im griechisch-türkischen Konflikt erregt größtes Aufsehen. „Daily Mail" schreibt: Man sei hier der Ansicht, daß die offizielle Erklärung parteiisch und vorsätzlich dazu bestimmt sei, einen äußerst verhängnisvollen und kostspieligen Krieg zu fördern. Der provozierende Versuch, Bulgarien gegen die Alliierten zu stellen, werde besonders mißbilligt. Daß die Regierung an die Dominions appelliert habe, militärische Kontingente für den neuen Krieg nach der Türkei zu entsenden, habe allgemein Bestürzung erregt. Das Ersuchen an die Griechen, an der wirksamen Verteidigung der neutralen Zone teilzunehmen, werde die ernstesten Folgen für die mohamedanische Bevölkerung Indiens und Aegyptens haben. „Daily Mail" gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Dominions sich glatt weigern werden, sich in ein neues katastrophales militärisches Unternehmen verwickeln zu lassen. Wenn Mustapha Kemal Pascha die Maritzalinie und Adrianopel fordere, so sei dies in der Stunde des Sieges nicht viel.

London, 18. Sept. (Drahtber.) Aus Kapstadt verlautet, daß dort eine außergewöhnliche Abneigung gegen die Entsendung südafrikanischer Truppen nach den Dardanellen herrsche. Sowohl die Nationalisten wie die Arbeiterpartei erklären, daß sie gegen einen etwaigen Antrag energisch Widerstand leisten würden.

Stellung der Dominions zur Dardanellenfrage.

t. **London**, 18. Sept. Die Einladung zur Entsendung englischer Truppen nach dem nahen Orient wird in Südafrika nicht günstig aufgenommen. Die Politiker sind der Ansicht, daß England seine griechenfreundliche Politik aufgeben sollte. Auch in Kanada hat die britische Note bezüglich der Teilnahme an der Verteidigung der Dardanellen großes Erstaunen hervorgerufen. Das Parlament Kanadas wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen zu einer außerordentlichen Session zusammentreten, auf der über die Beteiligung entschieden werden wird.

Freiheit der Meerengen unter Vorbehalt.

w. **Paris**, 18. Sept. (Drahtber.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Konstantinopel wird erklärt, daß Angora bei der Beantwortung der Schritte der Alliierten die Freiheit der Meerengen grundsätzlich zugestehe, sie jedoch von der Regelung gewisser Einzelheiten im Benehmen mit den alliierten Mächten abhängig machen würde. Nach einer Meldung desselben Blattes aus Athen hat die griechische Regierung Südslawien und Rumänien eine Note zugehen lassen, in der sie auf die Gefahren einer Aenderung des derzeitigen Zustandes auf dem Balkan hinweist.

Befürchtungen der Kleinen Entente.

w. **London**, 18. Sept. (Drahtber.) Der serbische Minister des Aeußern Nintschitsch erklärte nach einer Besprechung zwischen dem König von Serbien, Poincaré, Ferid Bey und Lord Hardinge dem Pariser Berichterstatter des „Sunday Expreß", die Serben würden ein Vordringen der Türken nach Europa als eine ernste Bedrohung auffassen. Er werde die Frage mit Lloyd George und Lord Curzon erörtern.

Amerikas Haltung.

w. **London**, 18. Sept. (Drahtber.) „Sunday Expreß" berichtet aus Neuyork, daß dort den Berichten aus dem Orient das größte Interesse entgegengebracht würde. Die Vereinigten Staaten erblickten in einem Versuche Mustapha Kemals, nach Europa überzusetzen, eine große Gefahr. Man erwartet ein sofortiges Eingreifen Amerikas nach der Rückkehr des Staatssekretär Hughes am 24. September.

Karlsruher Herbstwoche 1922!

Programmbuch mit Gutscheinen für Preisermüssigungen erschienen. Preis 25 M. Überall käuflich.

Badisches Landestheater

Morgenfeier.

Mit einer unter der Leitung von Konzertmeister Ottomar Voigt stehenden gehaltvollen Morgenfeier, die dem Schaffen badischer Komponisten gewidmet war, eröffnete das Badische Landestheater am Sonntag seine Festwoche. Von Arthur Kusterer, über dessen kompositorisches Schaffen vor wenigen Tagen eine ausführliche Arbeit im „Karlsruher Tagblatt" unterrichtet hat und dessen Oper „Casanova" am Freitag zum ersten Male über unsere Bühne gehen wird, gelangte das Streichquartett Nr. 3 in D-Dur, op. 13 zur Wiedergabe. Das einsätzige Werk zeigt Kusterers unablässiges Streben nach Vertiefung des Gedanklichen und Bereicherung des Formalen. Ein romantischer Zauber weht in dem Quartett; zarte, verhaltene Stimmungen wechseln mit Aeußerungen starker Leidenschaft. Kusterers Sprache ist vornehm und eindringlich. Er schreibt Melodien von großer Schönheit und Anmut und weiß gut zu charakterisieren; der rhythmische Elan gibt dem ganzen Werk etwas Beschwingtes. Die einzelnen Stimmen werden gut geführt, Freude am Klang macht sich allenthalben bemerkbar. Als Ganzes eine wirkungsvolle Schöpfung, die durch ihre gesunde Frische und Natürlichkeit erfreut.

Anderer Art als Kusterer ist Heinrich Kaminski; problematischer, eigenwilliger. Man hat von ihm schon mehrere Werke hier gehört, die ihn als sehr begabten Musiker erkennen ließen. Auch sein Streichquartett in F-Dur hat durchaus eigene Züge. Nicht alles ist von gleichem Wert. Neben Reifem, Wertvollem steht manches Unfertige. Aber immer wieder fesselt Kaminski durch die aparte Schönheit seiner Sprache. In den raschen Sätzen bringt er oft kühne Wendungen, hier pulst starke Leidenschaft. Innige Klänge schlägt er in dem Adagio espressivo an. Schade, daß der letzte Satz etwas wirr geraten ist und schließlich im Spielerischen sich verflüchtigt.

Beide Kammermusikwerke wurden von dem Karlsruher Streichquartett — den Herren Voigt, Grabert, Müller und Trautvetter — mit großer Hingabe gespielt. Der Zusammenklang der Instrumente war aufs Feinste abgestimmt; der Vortrag zeugte von intensivem Versenken in die neuen Werke.

Zwischen ihnen sang Wilhelm Nentwig mit klangvoller Stimme und packendem Ausdruck, von der Komponistin am Flügel begleitet, Margarete Schweikerts Liederzyklus „Lieder an ein Mädchen", nach Gedichten von Hans Heinrich Ehrler (op. 15). Margarete Schweikert, deren Feder schon eine große Anzahl gehaltvoller Lieder entstammen, hat ihnen mit diesem Zyklus weitere wertvolle hinzugefügt. Die von dem stillen Poeten Ehrler mit zartem Griffel gezeichneten Stimmungsbilder hat die Komponistin glücklich in Töne zu bannen verstanden. Markante Züge weist die Begleitung auf. Sie ist abwechslungsreich und zeigt eine außergewöhnliche Gabe der Illustration, so vor allem in dem dritten Lied: „Es rieselt etwas über dein Gesicht". Zum Schönsten des Zyklus gehört das Lied „Hab ich beladen dich, mein Kind mit einem schweren Weh", das mit einfachen Mitteln größte Wirkung erzielt, oder das zarte, schmerzdurchpulste „Und wenn du in die Fremde gehst, so geh' ich leis' mit dir".

Das leider nicht sehr zahlreich erschienene Publikum nahm die einzelnen Werke mit herzlichem Beifall auf und rief Margarete Schweikert und Arthur Kusterer mehrmals auf die Bühne. Dem Karlsruher Streichquartett und Wilhelm Nentwig wurde gleichfalls große Anerkennung für ihre Leistungen zuteil.

H. Wck.

„Othello".

Daß es klug getan war, diese Verdi-Oper nach langem Schlafe wieder einmal zum Leben zu erwecken, bewies das ausverkaufte Haus am Sonntag und die stürmische Aufnahme, die die Oper fand. Allerdings: einen Othello wie Willy Zilken wird man nicht so bald wieder finden. Es war die interessanteste Leistung, die dieser hochbegabte, sich immer mehr entfaltende Künstler bisher hier geboten hat. Rein äußerlich schon bot Zilken ein gutes Bild des Mohren: die hohe Gestalt, der ausdrucksvolle Kopf, die sehnigen Hände, die raschen, herrischen Bewegungen, durch die mehr und mehr die Wildheit hindurchbrach. Etwas Raubtierartiges war in diesem Mohren. Dabei muß anerkannt werden, daß Zilken auch in den Momenten höchster Leidenschaft niemals die Grenzen des Schönen verließ. Der hervorragenden Darstellung gesellte sich eine gesangliche Leistung von nicht geringerem Wert bei. Selten noch hat die Stimme des Sängers so hell und siegreich geklungen. Die Racheschwurszene am Schlusse des zweiten Aktes war, zumal auch dank van Gorkoms packendem Gegenspiel, von geradezu schauerlicher Dämonie.

Für Gorkoms große Künstlerschaft zeugte die Art und Weise, wie er die gesanglich und darstellerisch ungemein schwierige Partie des Jago beherrschte. Im Spiel betonte er überzeugend das Verschlagene, Hinterhältige des Fähnrichs. Wie ein böser Geist ging dieser Jago über die Bühne. Seine warmblütige Stimme konnte van Gorkom in ganzer Schönheit zeigen. Voll Wucht und durchdringender Kraft erklangen die dramatischen Partien.

Nicht ganz auf der Höhe stand die Desdemona von Hilde v. Alpenburg-Eberbach. Sie hatte zwar im ersten und vornehmlich im letzten Akt sehr gute Momente, wo ihr anmutiges Spiel und ihre Erscheinung sich zu einer eindrucksvollen Darbietung verbanden. Im ganzen war indes die Gestalt etwas farblos; man hätte hie und da mehr innere Anteilnahme gewünscht. Auch schien eine Indisposition der Sängerin bei der Entfaltung ihrer Stimme, besonders in der Höhe, Schwierigkeiten zu bereiten. Ansprechend sang Hildegard v. Fabeck die Partie der Emilia. Seinen hellen, ausdrucksfähigen Tenor lieh Albert Peters dem Cassio, den er mit frischem Spiele gab. Walther Warths kraftvoller Baß kam dem Gesandten gut zu statten. Eugen Kalnbachs Rodrigo, Lothar Lessigs Montano und Josef Grötzingers Herold fügten sich gut in den Rahmen der Aufführung.

Voll Glut und Leidenschaft ist die „Othello"-Musik. Man staunt immer wieder über die fabelhafte Instrumentierkunst Verdis, der in der Sicherheit und Anschaulichkeit der Charakterisierung in diesem Werke sich selbst übertrifft. Alfred Lorentz liegt diese Musik ganz besonders gut. Mit der ihm eigenen Ueberlegenheit meisterte er die schwierige Partitur. Er holte aus dem prachtvoll spielenden Orchester das Letzte heraus. Der Chor, dem in dieser Oper große Aufgaben zugefallen sind, sang sicher und klangvoll. Die großen Ensembleszenen erfuhren eine machtvolle Wiedergabe.

Mit hohem Lob ist auch die Leistung des Regisseurs Josef Turnau zu bedenken. Man erkannte auch in dieser Aufführung wieder, mit welcher Sorgfalt er vorgearbeitet hatte. Die einzelnen Szenen waren bildhaft gestellt, die Massen bewegten sich natürlich und lebensvoll. Direktor Emil Burkard hatte mit seinen stilvollen, großzügigen Bühnenbildern einen prächtigen Rahmen für die Bühnengeschehnisse geschaffen. Die von Margarete Schellenberg entworfenen Gewänder zeichneten sich durch feine Farbenwahl und gute Abstimmung aus (nur das Gewand des Cassio machte einen etwas dürftigen Eindruck.) Die technische Einrichtung lag bei Direktor Karl Meyer in besten Händen.

Die Vorstellung fand stürmischen Beifall. Am Schlusse wurden die Träger der Hauptrollen, vornehmlich Willy Zilken, sowie Kapellmeister Lorentz und Oberregisseur Turnau immer wieder vor den Vorhang gerufen.

H. Wck.

Kunst und Wissenschaft

Der Besuch der badischen Hochschulen. Nach einer vom Ministerium des Kultus und Unterrichts gegebenen Uebersicht über den Besuch der badischen Hochschulen im Sommersemester 1922 betrug die Gesamtzahl der an der Universität Heidelberg Studierenden 3347, darunter 473 Studentinnen. An der Universität Freiburg waren es 3872 Studierende, darunter 559 Studentinnen, und an der Technischen Hochschule Karlsruhe 1865 Studierende, darunter 24 Studentinnen.

Christian Langaard, der größte Kunstsammler, den Norwegen besaß, ist in Christiania im Alter von 74 Jahren gestorben. Flamen und Niederländer bildeten den Grundstock seiner Sammlung.

Die eifersüchtige Pariser Universität. Die Nachricht, daß das Angebot einer Stiftung von 200 Millionen Franken für die medizinische Fakultät der Straßburger Universität durch das Rockefeller-Institut auf Einspruch der Pariser Fakultät zurückgezogen wurde (worauf sie die Brüsseler Fakultät erhielt), erregt im Elsaß großes Aufsehen und Erstaunen. In einer Zeitschrift an die „Republique" wird behauptet, daß der Einspruch der Pariser Fakultät aus Eifersucht erfolgt sei, weil durch die Stiftung die Straßburger Fakultät auf eine unvergleichbare Rangstufe erhoben worden wäre.

Deutsches Reich

Die neue Teuerungsaktion der Beamten.

Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes hatte in ihrer Sitzung am 12. September beschlossen, in Anbetracht der durch die fortgesetzten Preissteigerungen hervorgerufenen Notlage der Beamten erneut eine Teuerungsaktion herbeizuführen. Zu diesem Zwecke ist der D. B. B. mit den übrigen Spitzenorganisationen in Verbindung getreten. Verhandlungen der letzteren untereinander werden in den nächsten Tagen stattfinden. Verhandlungen mit der Reichsregierung sind für Donnerstag, den 21. d. Mts. vom Reichsfinanzministerium zugestanden worden.

Die in einem Teil der Tagespresse verbreitete Nachricht, der Ueberwachungsausschuß des Reichstags habe unlängst für die Beamten und Staatsarbeiter Unterstützungen in Höhe von 500 Millionen Mark für den Winterbedarf an Kartoffeln und 100 Millionen Mark für die Beschaffung von Kohlen bewilligt und jetzt die Kohlenzuschüsse auf 200 Mill. Mark erhöht, ist insofern unzutreffend, als es sich nicht um Unterstützungen oder Zuschüsse handelt, sondern um Darlehen an die Beamten, um ihnen die Beschaffung von Kartoffeln und Kohlen zu erleichtern.

Arbeitsstreckung statt Entlassungen.

Da die unsichere wirtschaftliche Lage die Gefahr einer Verminderung der industriellen Tätigkeit heraufbeschwört, weist das Reichsarbeitsministerium darauf hin, daß die Bestimmungen über die Pflicht zur Arbeitsstreckung noch in Kraft sind.

Nach § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 dürfen Entlassungen zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl nur vorgenommen werden, wenn dem Arbeitgeber nach den Verhältnissen des Betriebs keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit durch Verkürzung der Arbeitszeit zugemutet werden kann. Hierbei braucht jedoch die Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers nicht unter 24 Stunden herabgesetzt zu werden. Gegebenenfalls kann der Arbeitgeber Lohn oder Gehalt der verkürzt arbeitenden Arbeitnehmer entsprechend herabgesetzt, jedoch erst von dem Zeitpunkt an, an welchem eine Entlassung der betreffenden Arbeitnehmer hätte erfolgen können, wenn die Arbeitsstreckung nicht Platz gegriffen hätte. Soweit Entlassungen erfolgen müssen, sind nach § 13 der genannten Verordnung für die Auswahl zunächst die Betriebsverhältnisse maßgebend, sodann Lebens- und Dienstalter sowie der Familienstand des Arbeitnehmers. Besonderer Schutz ist für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene usw. vorgesehen.

Die Not der Presse.

Die Not der Presse forderte auch in Köln wieder ein neues Opfer. Nachdem schon zwei Tageszeitungen ihr zweimaliges Erscheinen einstellen mußten, wird auch das „Kölner Tageblatt" vom 1. Oktober an nur noch einmal, und zwar in einer Abendausgabe, erscheinen.

Französische Hetzereien.

Verschiedene deutsche Zeitungen bringen Meldungen des „Matin" und der „Havas" aus London, nach der angeblich 16 Passagiere bei St. Martin auf Veranlassung des Kapitäns eines deutschen transatlantischen Passagierdampfers auf offener See ausgesetzt worden seien, weil ihr Aufenthalt an Bord des Schiffes unerwünscht gewesen wäre.

Wir haben festgestellt, daß es sich um einen Vorfall an Bord des deutschen, auf seiner ersten Ausreise befindlichen transatlantischen Passagierdampfers „General San Martin" handelt. Die Hugo Stinnes-Linien, es handelt sich um einen Dampfer dieser Linie, teilen uns hierzu folgende Richtigstellung mit:

Die Nachricht des „Matin" enthält eine außergewöhnlich böswillige Entstellung eines an sich harmlosen Vorganges. Der „General San Martin" lief auf seiner ersten Ausreise auch Madeira an, wo er ebenso wie vorher in Spanien und Portugal einen begeisterten Empfang hatte. Es waren eine große Anzahl von Personen zur Besichtigung des Dampfers eingeladen. Bei dieser Gelegenheit verstanden es 16 Personen, sich auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise an Bord zu schmuggeln, was aber erst nach Abfahrt des Dampfers bemerkt wurde. Diese Leute wollten in Rio de Janeiro landen, wurden aber polizeilich daran verhindert und bei der Abfahrt des Dampfers von Rio de Janeiro an Bord eingeschlossen. Es ist den Leuten gelungen, den Verschluß zu sprengen, worauf 12 davon über Bord sprangen. 11 Leute sind in Rio de Janeiro gelandet. Die an Bord gebliebenen Personen sagten in Santos aus, daß der Kapitän des Schiffes ohne Schuld sei. Nähere Berichte des Kapitäns und der Agentur in Santos stehen noch aus.

Die Tendenz der französischen Meldungen ist demnach wieder einmal die, der deutschen Schiffahrt Schaden zuzufügen.

100 Jahrfeier der Gesellschaft Deutscher Naturforscher u. Aerzte

t. **Leipzig**, 18. Sept. (Drahtber.) Als Auftakt zu der Hundertjahrfeier der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Aerzte, die hier stattfindet, fand am Samstag nachmittag auf dem städtischen Ausstellungsgelände am Völkerschlachtdenkmal die feierliche Eröffnung der Ausstellung „Industrie und Wissenschaft" statt. Der Vorsitzende des Ausstellungsausschusses, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Sudhoff-Leipzig, begrüßte die Vertreter der Behörden, der Wissenschaft, Industrie usw. mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Deutsche Gesellschaft für Feinmechanik und Optik die Erwartungen der Aerzte noch bei weitem übertroffen und Werke geschaffen hat, die dem jahrzehntelangen Zusammenwirken von Technik und Wissenschaft ein mächtig tönendes Loblied singen. Die Weltfirmen deutscher Namen und ihre intelligente, zielbewußte, auf den hohen Zweck eingestellte Arbeiterschaft geben in unübertroffener Feinheit der Ausführung erst volle Wirklichkeit.

w. **Leipzig**, 18. Sept. (Drahtber.) Der Deutsche Naturforscher- und Aerztetag wurde heute vormittag eröffnet. Nach den Begrüßungsansprachen fand die erste allgemeine Sitzung mit dem Thema Relativitätstheorie statt.

Der Fall „Oberkassel".

Noch keine Entschuldigung Belgiens.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, ist der Deutsche Laube, der im Zusammenhang mit dem Zwischenfall in Oberkassel festgenommen worden war, wieder freigelassen worden, da ihm keinerlei Schuld hat nachgewiesen werden können.

Die Freilassung Laubes ist bisher das einzige, was von seiten der belgischen Besatzungsbehörden geschehen ist, um gegenüber der, wie jetzt einwandfrei feststeht, zu Unrecht der Mitschuld an dem Tode der beiden belgischen Soldaten bezichteten und aufs schlimmste drangsalierten deutschen Bevölkerung Oberkassels die gebotene Gerechtigkeit walten zu lassen. Der Ausnahmezustand dauert im Gegenteil nach wie vor an und von irgend einer Entschuldigung der belgischen Regierung bei den deutschen Behörden ist noch immer nicht die Rede. Diese Rücksichtslosigkeit geht sogar dem vernünftigeren und maßvolleren Teil der belgischen Presse zu weit, wie nachstehende Aeußerungen zeigen:

So schreibt die „Schelde": „Es ist eine gar traurige Geschichte. Die Herren Nationalisten haben aus ihr einen Skandal gemacht, der uns in den Augen des Auslandes schmählich blamiert. Er war ihnen ein erwünschtes Mittel, um die Volksseele, in der der Kriegswahnsinn noch immer nachwirkt, von neuem aufzuhetzen. Die nationalistische Presse, die mit den rheinischen Verrätern sympathisiert, hat kein Mittel versäumt, um ihrer verderblichen Politik zu dienen."

Aehnlich sagt der „Standard", das Hauptorgan der flämischen Katholiken: „Wir erachten es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß in dieser Sache von seiten der belgischen Berichterstatter ein beklagenswerter Leichtsinn an den Tag gelegt worden ist. Ihre Meldungen haben die belgische Oeffentlichkeit zu einer Meinung mißleitet, die im schroffsten Gegensatz zu der Wahrheit steht. Es ist bedauerlich, daß belgische Regierungspersonen solchen Informationen vertraut und nach ihnen ihr Auftreten eingestellt haben. Daß unsere Nationalisten auf Grund der Tragödie im besetzten Gebiet neue Gewaltmaßnahmen auslösen wollten, ist ein klarer Beweis für die noch immer fortgesetzten Treibereien dieser Wühlgeister." — Die katholische „Libre Belgique" äußert sich: „Seit Montag war das Untersuchungsergebnis der Regierung bekannt. Sie hat darüber in Erwartung weiterer Ermittelungen das größte Stillschweigen gewahrt. Sie hat von der deutschen Regierung Entschuldigung verlangt und der Minister des Auswärtigen, Herr Jaspar, hat natürlich im guten Glauben dem Botschafter Herrn Landsberg unangenehme Eröffnungen gemacht. Wird sich Herr Jaspar jetzt nach dem Bekanntwerden des amtlichen Untersuchungsergebnisses nicht genötigt sehen, seinerseits den Botschafter um Entschuldigung zu bitten? Das ist jedoch, um nicht mehr zu sagen, in jedem Falle ein sehr peinlicher Zustand."

Aus Elsaß-Lothringen

Französische Maßnahmen gegen die elsaß-lothringischen Soldaten.

Nach dem Gesetz vom 12. März 1921 brauchen die im Jahre 1920 zurückgestellten Militärpflichtigen dieser Jahresklasse nur 18 Monate statt 2 Jahre dienen. Diese Vergünstigung findet indeß keine Anwendung auf die zurückgestellten elsaß-lothringischen Militärpflichtigen. Sie müssen ihre zwei Jahre voll abdienen. Dazu schreibt der „Elsässer":

„Gegen eine solche Maßnahme, die einen Unterschied macht zwischen Elsässern und Lothringern einerseits und Franzosen der übrigen Departements andererseits, müssen wir ganz energisch protestieren. Wie wir hören, hat sich Herr Député Walter in dieser Frage sowohl an das Generalkommissariat sowie auch an das Kriegsministeriums gewandt, um eine Zurücknahme diese geradezu unverständlichen Maßnahme zu erwirken. Es ist im höchsten Maße bedauerlich, daß Volksvertreter gegen solche Maßnahmen, die das elsässische und lothringische Volk aufs tiefste verletzten, überhaupt Stellung nehmen müssen."

Die Wahlen im Elsaß.

w. **Paris**, 18. Sept. Nach einer Meldung des „Journals" aus Straßburg haben die Wahlen zum Generalrat in Niederbronn folgendes Ergebnis gehabt: Der kommunistische Kandidat erhielt 1450, der Kandidat des nationalen Blockes 1402, der Radikalsozialist 437, die elsässische Partei (Zorn v. Bulach) 301, der sozialistische Kandidat 42 Stimmen. Es finden Stichwahlen statt.

Verschiedene Drahtmeldungen

Deutsch-polnisches Grenzabkommen unterzeichnet.

w. **Berlin**, 18. Sept. (Drahtber.) Am 15. ds. Mts. hat zwischen dem deutschen Bevollmächtigten Gesandten Dr. Eckardt und dem polnischen Bevollmächtigten Staatskommissar Cacrowski der Austausch der Ratifikationsurkunde zu dem am 29. April ds. Js. unterzeichneten deutsch-polnischen Abkommen über Erleichterung des Grenzverkehrs stattgefunden. Das Abkommen ist damit in Kraft getreten.

Das Reich und Bayern.

t. **München**, 18. Sept. (Drahtber.) Der Präsident des bayerischen Landtags, Königsbauer, hat einem Budapester Pressevertreter eine Erklärung abgegeben, die der „Bayerische Kurier" widergibt. Königsbauer hat erklärt, daß ein neuer Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche nicht ausgeschlossen sei, nachdem seit langem deutlich zutage getreten sei, daß die maßgebenden Berliner Stellen bestrebt seien, die wenigen Hoheitsrechte der Länder, die die Weimarer Verfassung übrig gelassen habe, zu vernichten. Ein neuer Konflikt könne die Schulfrage sein, da das Schulgesetz die Schule dem Einfluß der Kirche entziehe.

Das gestörte Oktoberfest.

w. **München**, 18. Sept. Wegen der vom Münchener Stadtrat beschlossenen Einführung der Vergnügungskartensteuer anstelle der bisherigen Pauschalabgabe sind seit Samstag mittag die Schausteller auf dem Oktoberfest in den Ausstand getreten. Sämtliche großen Schaubuden sind geschlossen. Auch die kleineren Unternehmer, die von der Kartensteuer nicht betroffen sind, haben sich dem Proteststreik angeschlossen. Die Besitzer der großen Bierhallen haben vorübergehend die Musik eingestellt.

Auch in Oberschlesien ein Ueberschichtabkommen.

w. **Hindenburg**, 18. Sept. (Drahtber.) Eine hier tagende Revierkonferenz der Bergarbeiter Deutsch-Oberschlesiens sprach sich mit allen gegen 2 Stimmen für ein Ueberschichtenabkommen, wie es in Westfalen besteht, aus. An die Durchführung des Abkommens ist das Zustandekommen des Manteltarifes in der im Ruhrrevier getroffen Regelung geknüpft. Die Gewerkschaften wurden beauftragt, über die Formulierung des Ueberschichtenabkommens zu verhandeln. Ein Ueberschichtenabkommen in dem Umfange des westfälischen würde in Deutsch-Oberschlesien eine monatliche Mehrförderung von 170 000 Tonnen ergeben.

Der Plan einer polnischen Währungsreform.

t. **Warschau**, 18. Sept. Der neue polnische Finanzminister beabsichtigt, zur Sanierung der polnischen Finanzen von der bisherigen provisorischen Markwährung zur Zlotywährung überzugehen. Als ersten Schritt dazu plant der Finanzminiestr die Auflegung einer inneren Goldanleihe mit fünfjähriger Lauffrist und achtprozentiger Verzinsung. 1000 Polenmark sollen gleich einem Zloty (Gulden), gleich einem Schweizer Franken gerechnet werden, und die Verzinsung soll in Zlotywährung erfolgen.

Einbruch in einem Berliner Hotel.

w. **Berlin**, 18. Sept. (Drahtber.) In einem Hotel am Potsdamer Platz wurden heute nacht aus einem Zimmer des ersten Stocks von einem Fassadenkletterer einer Dame aus Wien eine Handtasche mit 13 000 Mk. Bargeld und Schmuck im Werte von 3 Millionen Mark gestohlen. Der Einbrecher bedrohte die Dame mit einem Revolver.

Eine internationale Zollkonferenz im Mai 1923.

Genf, 18. Sept. Der Völkerbund beschloß die Einberufung einer internationalen Zollkonferenz im Mai 1923.

Der Streik der französischen Seeleute.

w. **Paris**, 18. Sept. Wie Havas meldet, wurde der Streik der Seeleute in Marseille und Bordeaux durchgeführt. In Marseille haben einige Schiffe ohne Hilfe von Schleppern in den Hafen einlaufen können. Die Besatzungen begaben sich sofort an Land und ließen nur das für die Sicherheit dringend notwendige Personal an Bord. In Le Havre wird der Streik durchgeführt, ebenso auch in Dünkirchen. In Cherbourg haben die Seeleute die Beteiligung am Streik abgelehnt.

Der Untergang der „Hammonia"

Der Bericht der Schiffsleitung.

Zu dem Untergang des Dampfers „Hammonia" erklärt nach einem Bericht der Hamburg-Amerika-Linie der Kapitän Höfer, daß das Schiff vor seiner Reise in Hamburg gedockt, in allen seinen Teilen überholt, ordnungsgemäß ausgestattet und beladen wurde; er legte seine Reise von Hamburg nach Vigo ohne besondere Ereignisse zurück. Ab Vigo herrschte schweres Wetter. Der Verlust des Schiffes ist auf Vollaufen des Laderaumes III zurückzuführen, aus dem das Wasser trotz der an Bord befindlichen, besonders leistungsfähigen Pumpanlagen nicht entfernt werden konnte. Die in Zeitungsberichten ausgesprochene Vermutung, daß das Unglück durch Undichtigkeit der Luvkohlenpforten verursacht worden ist, ist nach Darstellung der Schiffsleitung unzutreffend, da auf diesem Wege keine Wassermengen in das Schiff eingedrungen sind, die es irgendwie zu gefährden vermocht hätten. Eine bestimmte Erklärung für den Unglücksfall vermag die Schiffsleitung nicht anzugeben, es sei denn, daß das Schiff auf einen treibenden Gegenstand aufgeschlagen hat. Dafür spricht, daß am Abend des 8. ein besonders heftiger Stoß das Schiff erschütterte, dem jedoch bei dem fortgesetzten Anprall schwerer Seen keine besondere Bedeutung beizulegen war. Sobald die Lage erkannt worden war, daß durch das eingedrungene Wasser Gefahr drohte, wurde das Schiff umgedreht und dampfte nach Vigo zurück. Hilfe wurde drahtlos erbeten. Beim Eintreffen der ersten auf Hilferufe herbeigeeilten Schiffe wurde mit dem Ausbooten der Passagiere begonnen. Wie häufig in solchen Fällen, haben sich leider auch diesmal durch unbesonnenes Verhalten aufgeregter Personen Unglücksfälle ereignet, indem entgegen der bestimmten Weisung der Schiffsleitung einzelne vorschnell in die Boote sprangen und drei Boote zum Kentern brachten. Hierbei haben vermutlich mehrere Personen den Tod in den Wellen gefunden. (Wie bereits bekannt gegeben, fehlt noch Nachricht über 10 Passagiere und 5 Mann der Besatzung.) Im übrigen geschah das Ausschiffen der Passagiere trotz des schweren Sturmes und der hohen See in geordneter Weise. Nachdem die Passagiere das Schiff verlassen hatten, sollte vom englischen Dampfer „Soldier Prince" noch ein Schleppversuch gemacht werden, um das havarierte Schiff nach Vigo zu bringen. Zu diesem Zweck war Kapitän Höfer mit 19 Mann der Besatzung an Bord verblieben. Leider mußte dieser Versucht infolge weiteren Sinkens der „Hammonia" aufgegeben werden. Die noch an Bord zurückgebliebenen Mannschaften wurden von den Booten des englischen Dampfers „Kinfauns Castle" geborgen. Wenige Minuten, nachdem der Kapitän als letzter das Schiff verlassen hatte, sank die „Hammonia" in die Tiefe. Die prompte Hilfeleistung der englischen Dampfer, die bei dem herrschenden schweren Sturm besonders schwierig war, kann nicht hoch genug anerkannt werden.

Bunte Chronik

Lord Northcliffes Testamente.

Lord Northcliffe hat zwei Testamente hinterlassen, das eine vom 22. März 1919 datiert, in welchem Lady Northcliffe als Testamentsvollstrecker ernannt wurde, das andere vom 22. Juli 1922, drei Wochen vor seinem Tode, in welchem Sir Sutton und Arnholz als Testamentsvollstrecker ernannt wurden. Unmittelbar nach der Eröffnung wurden fünf Proteste erhoben und die Behandlung des Gerichts hiervon hängt vor allem mit der Frage zusammen, ob der Erblasser in normaler Geistesverfassung war. Sir Sutton ist der Jugendfreund Northcliffes und mit verschiedenen seiner Geschäftsunternehmungen vertraut, ferner Vorsitzender in dem großen Northcliffe-Konzern. Arnholz ist großer Aktionär in der „Times". Die Ernennung des Ersteren geschah unter Zustimmung der Lady Northcliffe.

Das Gericht hat zunächst beschlossen, Sir George Sutton als provisorischen Testamentsvollstrecker des letzten Willens Northcliffes zu ernennen, bis die Frage seiner beiden Testamente entschieden ist. Dieser Schritt ist die erste Einleitung zu einem der berühmtesten Erbprozesse, wie ihn London noch nicht erlebt hat und wovon auch das Schicksal der „Times" abhängt.

*

Hochwasser in Nordbayern. Die bayerische Landesstelle für Gewässerkunde meldet: Infolge heftiger Regenfälle, die über die Frankenhöhe und das vorgelagerte Flach- und Hügelland niedergegangen waren, führen Wörnitz, Altmühl, Aisch und Tauber schon seit 11. September Hochwasser. Da vom Dienstag auf Mittwoch auch im übrigen Main- und nördlichen Donaugebiet erhebliche Niederschläge eingetreten sind, welche ganz Nordbayern durchschnittlich mit Regenmengen von 25—40 Millimeter überschütteten, werden nunmehr auch die übrigen Gewässer Nordbayerns auf Hochwasser ansteigen, umsomehr, als nach dem Wetterbericht der bayerischen Landeswetterwarte mit einer Fortdauer der Regenfälle zu rechnen ist. In den Allgäuer Bergen hat es bis auf 1000 Meter Meereshöhe herab stark geschneit. Das Vieh hat unter den abnormen Witterungsverhältnissen sehr zu leiden.

Ein Liter Bier 50 Mark. Der Preis für das Münchner Oktoberbier ist auf 50 Mark festgesetzt worden. Zum Ausschank kommt 15- bis 16prozentiges Märzenbier. Beim Oktoberfest 1921 betrug der Bierpreis 5 Mark.

Mädchenhändler in Hamburg. Die Nachforschungen der Hamburger Kriminalpolizei haben ergeben, daß der größte Teil der in letzter Zeit in Hamburg vermißt gemeldeten Mädchen, in den meisten Fällen 13—15jährige Kinder, Mädchenhändlern in die Hände gefallen ist. Die Spur führte dahin, daß fremde Seeleute während ihres Aufenthalts im Hamburger Hafen junge Mädchen an sich locken und sie überreden, mit ihnen ins Ausland zu gehen. Diese fremden Matrosen stehen im Solde öffentlicher Häuser in Südamerika, bringen ihre Beute dahin und liefern sie gegen beträchtliche Entlohnung ab. Durch die immer mehr überhandnehmende Verelendung wird das unsaubere Handwerk den Mädchenhändlern natürlich noch erleichtert. Die zahlreichen Hafenkneipen bieten Abend für Abend dasselbe Bild: fremde Seeleute aller Nationen zechen mit betrunkenen Halbwüchsigen, spicken sie mit Geld und überreden sie, ihre Freundinnen und Bekannten mitzubringen. — Hand in Hand mit diesen Vorgängen hat auch in Hamburg sich das Unwesen geheimer Kuppelquartiere gewaltig ausgedehnt, und in zahlreichen Pensionen werden überhaupt solide Gäste nur ungern gesehen.

Ein Riesenschwindel. Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers" aus Hamburg ist ein in der Nähe Hamburgs ansässiger Gutsbesitzer einem Riesenschwindel zum Opfer gefallen. Ein Geschäftsvermittler bot ihm eine Beteiligung an dem Verkauf von 100 Kisten mit Aerztebestecken an, die im Hamburger Hafen lagern sollten. Eine Besichtigung im Hafen ergab, daß auch tatsächlich 100 Kisten mit Bestecken vorhanden waren und nur die Ausfuhrgenehmigung fehlte. Um diese zu erhalten, fuhren beide nach Berlin, wo sie das Geschäft mit einem angeblichen Reichstagsabgeordneten abschlossen, der sich zunächst ein Zehntel der Kaufsumme mit 140 000 Mark anzahlen ließ. Als der Gutsbesitzer dann mit der Ausfuhrbewilligung das Ausfuhrgeschäft machen wollte, ließ er aber auf den Widerstand der Zollbehörde, da sich die Ausfuhrbewilligung als falsch erwies und außerdem die Bestecke gar nicht ausfuhrfähig waren. Der angebliche Reichstagsabgeordnete soll ein Barbier sein. Er ist mit dem Geschäftsvermittder verschwunden.

Vom Wetter

Infolge der vorübergehenden Verlagerung des Hochdruckgebietes über Zentraleuropa trat in unserem Gebiet gestern zunächst Aufheiterung ein, doch brachte bereits am Abend eine neue, vom Ozean vordringende Druckstörung wieder Trübung und leichte Regenfälle. Da das Hochdruckgebiet über Südwesteuropa vorläufig an Einfluß gewinnt, ist aufheiterndes, meist trockenes und etwas wärmeres Wetter zu erwarten, mit dessen längerer Dauer jedoch nicht zu rechnen ist.

Wetteraussichten für Dienstag, den 19. September: Aufheiternd, meist trocken, etwas wärmer, schwächere westliche Winde.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	18. September		17. September
Schusterinsel	2.72 m		3.02 m
Kehl	3.78 m		3.90 m
Maxau	6.01 m		5.66 m
„	— m	mittags 12 Uhr	5.66 m
„	— m	abends 6 Uhr	5.87 m
Mannheim	5.19 m		4.77 m

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 18. September (abends.)

Belgien	10500	Schweiz	27900
Paris	11300	London	—
Neuyork	1500	Italien	—
Holland	57700		

Tendenz: behauptet.

Von den Börsenplätzen.

Mannheimer Effektenbörse.

Lebhafter Verkehr.

K. Mannheim, 18. Sept. (Drahtber.) Der heutige Börsenverkehr gestaltete sich wieder ziemlich lebhaft. Es kamen Abschlüsse zustande in Heilbronner Straßenbahnaktien zu 190, Benz 740, Mannheimer Gummi 795, Freiburger Ziegelwerke 850 Prozent; Anilin stellten sich 1560 Geld, Westeregeln 1800 Geld, Seilindustrie Wolff 510 Geld, Dampfkessel Rodberg 750 Brief, Dingler-Maschinen 650 Geld, Gebr. Fahr 710 Geld, Waggon Fuchs 570 Geld, Karlsruher Maschinenbau 940 bezahlt, Nekkarsulmer Fahrzeuge 740 Geld, Zuckerf. Frankenthal 820 Geld und Zuckerf. Waghäusel 820 Geld. In badischen Assekuranzaktien war Geschäft zu 1900 Mark pro Stück.

Frankfurter Börse.

Zurückhaltung. — Devisen lustlos. — Effekten unsicher.

w. **Frankfurt a. M.,** 18. Sept.

Auch bei Beginn der neuen Geschäftswoche zeigte sich wieder gleiche Zurückhaltung. Selbst auf dem Markte der ausländischen Rente beschränkten sich heute die Umsätze auf ein Minimum. Die Kurse die an der Börse zu hören waren, lagen vorwiegend schwächer. Türkenwerte neigten nach unten. Ungarische Rente lagen schwächer.

Der Devisenmarkt zeigte ebenfalls eine große Geschäftsunlust. Der Dollar, der mit 1475 genannt worden war, stellte sich an der Börse auf 1480.

Da man mit einer Fortdauer der angespannten Geldmarktlage rechnet und auch gewisse Bedenken wegen der politischen und wirtschaftlichen Lage im Vordergrund standen, hielt die unsichere Lage auf dem Effektenmarkt an. Der Montanaktienmarkt zeigte kein einheitliches Gepräge, während das Interesse für Mannesmann und Rheinstahl geringer war, konnten sich die Aktien der Deutsch-Luxemburg, Caro und Aschersleben etwas befestigen. Am Industrieaktienmarkt bleiben die Umsätze bescheiden. Für chemische Werte machte sich nach Feststellung der ersten Kurse nur für Badische Anilin, Elberfelder Farben reges Interesse bemerkbar. Die variablen Notierungen nannte man für Holzverkohlung 830, minus 55 Prozent, Scheideanstalt 1350, minus 35. Geringere Kursbewegungen wiesen Elektropapiere auf. Fest lagen Felten & Guilleaume, plus 100. Von den anderen Werten sind Zellstoff und Zuckeraktien wenig verändert. Maschinenwerte und Metallaktien uneinheitlich. Heddernheimer Kupfer verloren 50 Prozent. Bingwerke wurden anfangs 55 Prozent höher genannt. Auch Autowerte mäßig anziehend. Schiffahrtswerte fest bei größeren Umsätzen. Banken unterlagen teilweise Deckungen.

Am Markte der amtlich nicht notierten Werte hielt die Geschäftsstille an. Es wurden folgende Kurse genannt: Deutsche Petroleum 910, Entreprise 10 100, Benz 510—520, Hansa Lloyd 240, Gebrüder Fahr 690, Mansfelder Aktien 570. Das Gebiet der Werte mit Einheitskursen war bei stillem Geschäft schwächer. Niedriger Badische Uhren, Maschinenfabrik Riedinger, Spiegel und Spiegelglas. 3proz. Consols 89, gaben 2 Prozent nach.

Berliner Börse.

Weitere Geschäftsstille. — Kurse jedoch befestigt. — Ruhe am Devisenmarkt.

w. **Berlin,** 18. Sept.

Mit den Worten Garantiefragen, Geld- und Kreditnot sind kurz die Ursachen der auch zu Beginn der neuen Woche unvermindert an der Börse herrschenden Geschäftsstille und allseitigen Zurückhaltung zu kennzeichnen. Die Kursveränderungen waren unter diesen Umständen nicht allzu erheblich. Die Rückgänge und Erhöhungen hielten sich ungefähr die Wage. Das Ausmaß kam bei einigen Spezial- und Montanpapieren über 100 Prozent hinaus. Immerhin war der Kursstand als gut behauptet, im weiteren Verlaufe als befestigt zu bezeichnen. Durch etwas lebhaftere Umsätze hoben sich von der sonst herrschenden Geschäftsstille vorübergehend einige Montan- und Schiffahrtswerte hervor. Heimische festverzinsliche Werte waren etwas schwächer, ausländische Renten gut behauptet. Mexikaner, Ungarische Goldrente, türkische Eisenbahnprioitäten teilweise mäßig höher. Aber auch auf diesen Gebieten waren die Umsätze sehr gering.

Die gleiche Ruhe zeigte sich bei wenig veränderten Kursen am Devisenmarkte.

Mannheimer Produktenbörse.

K. **Mannheim,** 18. Sept. In Uebereinstimmung mit der schwächeren Tendenz, die am Devisenmarkte vorherrschend ist, verkehrte auch der Produktenmarkt in recht ruhiger Haltung. Umsätze wurden nur wenig getätigt. Man nannte Weizen mit 6300 M. und R.G.-Weizen mit 6400 M., Roggen 5250—5350 M., Gerste, gesunde und trockene Ware, 5700—6000 M. und geringere Ware 5200 bis 5400 M., Hafer, neuer, 6000 M., alter 6800 M., Mais 5400—5600 M., alles per 100 kg, bahnfrei Mannheim. Auch Futtermittel lagen ruhig. Für Weizenkleie verlangte man 3100 M., Weizenfuttermehl 4000 M., Rapskuchen 4000 M. und Seesamkuchen 5600 M., die 100 kg, Frachtparität Mannheim. Mehl war weniger gefragt, die Mühlen forderten für Weizenmehl, Basis 0, 9750 M., während die zweite Hand zum Preise von 9200 M. die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen am Markte war. Von Saaten wurde Rapssaat zu 9000—9500 M. Frachtparität Mannheim angeboten.

Amtl. Notierungen: Mais, amerik. 5600, Weizen, loco, neuer, 6000—6300, Hafer 5000—5400, Roggen, loco 5100—5300, Braugerste, neuer 5500—6000, Biertreber 3400, Kleie 3200, Wiesenheu 1800 bis 1900, Rotkleeheu 2000, Luzerne 2100, Preßstroh 1600—1700, gebundenes Stroh 1500—1600, Reis 9500—12 500. Tendenz: stetig.

Die Lage am Waren- u. Produktenmarkt.

(Eigener Wochenbericht.)

K. **Mannheim,** 15. Sept.

Getreide. Von den amerikanischen Märkten liegen keine besondere Nachrichten vor, die von einem bedeutenden Einfluß auf die Marktlage gewesen wären. Gegenüber der Vorwoche ergeben sich aber kleine Preisrückgänge, die durch Abgaben und günstige Ernteberichte aus dem Nordwesten der Union verursacht wurden. Angebote lagen vor in Cansas-Weizen per September—15. Oktober abladbar zu 12 1/s, Manitoba I, gleiche Lieferung zu 11.97, desgl. II per Oktober-Verschiffung zu 11.62½, Mixed-Durum, September abladbar, zu 10,62½, desgl. Oktober zu 10,32½, hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam. Von Roggen war Amerikaner I per Oktober zu 9,30 und Nr. II zu 9,25 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam, angeboten. Für ausländischen Hafer zeigten unsere Importeure mehr Interesse, da es keinem Zweifel unterliegt, daß, bei der schlechten Inlandsernte, wir auf den Bezug von fremdem Hafer in größerem Umfange angewiesen sein werden. Auch für Mais bestand vermehrte Nachfrage. Yelow-Mais war zu 9,10 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam oder Antwerpen angeboten. Für in Mannheim disponiblen Yellow-Mais verlangte man 9,40 hfl. für die 100 kg, bahnfrei Mannheim.

An unseren süddeutschen Märkten war der Verkehr ruhig, und die Umsatztätigkeit nahm keinen größeren Umfang an, da die Käufer infolge der Geldknappheit sich abwartend verhielten. Die Preise waren in Uebereinstimmung mit den Devisenmärkten mehrfachen Schwankungen unterworfen. Weizen, der anfangs der Woche mit 6000 M. die 100 kg, ab mitteldeutschen Stationen angeboten war, ging unter Schwankungen bis auf 6500 M., um alsdann wieder bis auf 6100—6000 M. zurückzugehen. In Mannheim disponibler Weizen kostet heute 6200—6300 M. die 100 kg, bahnfrei Mannheim. Roggen kam im allgemeinen mehr Material an den Markt. Neuer Roggen war ab bayerischen Stationen zu 5100 M. offeriert, doch fanden sich zu diesem Preise keine Käufer. Für alten Roggen stellten sich die Forderungen auf 5300—5400 M. die 100 kg, bahnfrei Mannheim. Braugerste blieb im allgemeinen reger gefragt und es entwickelte sich darin in den letzten 8 Tagen ein etwas lebhafteres Geschäft ab und zwar zu Preisen von 5600—5800 M. für die 100 kg, ab bayerischen Stationen. Diese Preise waren aber nur für gesunde und trockene Gerste zu erzielen, während geringere Beschaffenheit entsprechend billiger erhältlich blieben. Frei Waggon Mannheim wurde Braugerste mit 5700—6000 Mark die 100 kg notiert. Hafer lag fest, da die Berichte über unsere einheimische Ernte recht unbefriedigend lauten. In vielen Gegenden hat der Hafer zu viel Feuchtigkeit bekommen, wodurch die Qualität ungünstig beeinflußt wurde. Die Importeure zeigen infolgedessen auch wieder mehr Interesse für ausländischen Hafer, und es darf damit gerechnet werden, daß bedeutende Mengen eingeführt werden müssen. Alter inländischer Hafer bleibt gesucht und verschiedentlich werden Abschlüsse zu 6400 M. die 100 kg, Frachtparität Mannheim getätigt. Neuer, inländischer Hafer dagegen wird schon zu 5000 M. angeboten, es kommen aber auch einige bessere Qualitäten in neuem Hafer an den Markt, wofür die Forderungen auf 5500—5600 M. die 100 kg, bahnfrei Mannheim, lauten. Mais ist nur wenig offeriert und die Preise für disponible Ware stellen sich auf 5700—5800 M. für die 100 kg, bahnfrei Mannheim.

Futtermittel hatten keinen einheitlichen Markt; Weizenkleie war zu 3100—3200 M. die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen käuflich. Biertreber blieben zu 3300—3400 M. die 100 kg, bahnfrei Mannheim offeriert. Für Rapskuchen stellten sich die Forderungen auf 3700 M. und für Kokoskuchen auf 3900—4000 M. die 100 kg, ab süddeutschen Oelfabrikstationen. Rauhfutter verkehrte in fester Haltung. Für Wiesenheu werden 1750—1800 Mark, Rotkleeheu 1800—1900 M. und für Luzerne-Kleeheu 1950—2000 M., für gepreßtes Stroh 1500 bis 1600 M. und für gebundenes Stroh 1400—1500 Mark für die 100 kg, bahnfrei Mannheim, verlangt.

Mehl. Im Mehlgeschäft blieb es wesentlich ruhiger als in den vorangegangenen Wochen, da die neuen Bedingungen, die die Mühlen nunmehr stellen, die Käufer veranlaßten, mit dem Einkauf abzuwarten. Die Mühlenforderungen für Weizenmehl, Basis 0, lauten auf 9950 M., die aber vom Handel nicht bewilligt wurden, da aus zweiter Hand Angebote in der Preislage von 9100—9500 M. vorlagen.

Tabak. Durch das ungünstige Wetter während der letzten Wochen wurde das Einbringen der Grumpen sehr erschwert. In manchen Orten konnten die Grumpen infolge des strömenden Regens überhaupt nicht gelesen werden; infolgedessen ist nur mit einer kleinen Grumpen-Ernte zu rechnen. In Friedrichstal wurden für gute, schöne, farbige, trockene Sandgrumpen bis zu 10 000 M. per Zentner bezahlt. An einigen Herbst-Tabakplätzen wurden für feuchte Grumpen 2500—3000 M. per Zentner verlangt. Für alte Tabake besteht andauernd lebhafte Nachfrage. In Rippen kamen keine Abschlüsse zu Stande, da die Eigner in Erwartung höherer Preise, mit dem Verkauf zurückhalten.

Holz. Die Preise sind andauernd recht hoch, obwohl die Nachfrage etwas nachgelassen hat. Für unsortierte Bretter werden heute 27 000—30 000 Mark, für reine und halbreine Bretter 36 000 bis 38 000 M. per cbm, ab Verladestationen, verlangt. Einzöllige Bretter werden mit 665, 1½ mit 1135 und 2 mit 1520 M. per qm lieferbar per September-Oktober, genannt, und zwar zu der neuen Zahlungsbedingung, wonach eine Anzahlung von 50 Prozent verlangt wird.

Industrien / Handel / Verkehr

Industrien.

Holz-Industrie-A.-G. Rotenfels in Karlsruhe. Zur Bearbeitung von Holz zu allen Verwendungszwecken ,insbesondere zu Holz- und Streumehl, sowie zum Betrieb aller mit dem Holz- und Baugewerbe verwandten Industrie- und Handelszweigen wurde in Karlsruhe obige Gesellschaft gegründet. Das Grundkapital beträgt 1,2 Mill. Mark.

Rheinische Elektrizitäts-A.-G. in Mannheim. Am 16. d. Mts. hielt die Gesellschaft eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich mit dem Vorschlag der Verwaltung auf Kapitalserhöhung bis zu 121 Mill. Mark zu befassen hatte. Die mit einer Stimmenzahl von 69 670 anwesenden Aktionäre genehmigten die Erhöhung durch Ausgabe von 40 000 Stück Inhaberstammaktien zu je 1000 Mark. Die Kapitalserhöhung soll zur Stärkung der durch die Geldentwertung sehr geschwächten Betriebsmittel dienen. Durch ein Bankkonsortium werden den alten Aktionären auf zwei alte Aktien eine neue angeboten und zwar zum Kurse von 160 Prozent. Zum ersten Male hat die Gesellschaft auch den Inhabern von Vorzugsaktien ein Bezugsrecht auf die neuen Stammaktien im Verhältnis von 4:1 zu 225 Prozent eingeräumt. Der Rest von 10 Mill. Mark wird zu Gunsten der Gesellschaft freihändig verwertet. Wie die Gesellschaft mitteilt, wird für das am 31. Juli beendete Geschäftsjahr 1921/22 zum mindesten die gleiche Dividende wie im Vorjahre ausgeschüttet werden können.

Märkte.

Viehmarkt in Karlsruhe. Amtl. Bericht vom 17. September. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 8000—8500 M., vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 7700—8000 M., junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 7400—7700 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 7000—7400 M.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes 7800—8200 M., vollfleischige, jüngere 7500—7800 M., mäßig genährte junge und gut genährte ältere 7000—7500 M.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete Färsen, höchsten Schlachtwertes 8000—8500 M., gut entwick. Färsen 7600—8000 M., mäßig genährte Färsen 7200—7600 M., gering genährte Kühe 3600 bis 4000 M.

Kälber, mittlere Mast- und beste Saugkälber 8600—9000 M., geringere Mast- und gute Saugkälber 8300—8600 M., geringere Saugkälber 8000 bis 8300 M.

Schweine, vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 13 000—13 500 M., vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht 12 800—13 000 M., vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 12 600 bis 12 800 M., vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 12 400—12 800 M., Sauen 12 200—12 400 M.

Zufuhr: 285 Stück: Ochsen 16, Bullen 34, Kühe 6, Färsen 56, Kälber 30, Schweine 143 Stück.

Tendenz: langsam. Der Markt wurde nicht geräumt.

Schweinemarkt in Durlach vom 16. September. Der Markt war befahren mit 178 Läuferschweinen und 308 Ferkelschweinen. Verkauft wurden 150 Läuferschweine und 250 Ferkelschweine. Preis per Paar Läuferschweine 4500—9500 M., Ferkelschweine 3500—4200 Mark.

Leinsaat. Buenos-Aires für Monat Oktober 18,70 (18,55) argentinische Pesetas, Buenos-Aires für Monat Februar 16,20 (16,15) argentinische Pesetas, Rosario für Monat Oktober 18,35 (18,20) argentinische Pesetas.

Leinöl. Preis ab Holland, garantiert reines, rohes Oel. per 100 kg, inkl. Holzfaß, Originaltara, Abgangsgewicht, fob oder bahnfrei prompt 43,75 (42,50) fl., Ende September 43,50 (42,25) fl., Anfang Oktober 43,25 (42.—) fl., Mitte Oktober 43.— (41.75) fl., Oktober-Dezember 42,75 (41,75) fl., November-Dezember 42,25 (41,25) fl. Preis ab Niederrhein infolge starker Kursschwankungen nicht fixierbar.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	15.Sep.	18.Sept
Badische Bank	550.—	550.—
Darmstädter Bank	300.—	296.—
Deutsche Bank	585.—	595.—
Diskonto Commandit	420.—	411.—
Dresdener Bank	334.—	333.—
Mitteld. Creditbank	305.—	307.—
Oesterr. Länderbank	234.—	221.—
Pfälzische Bank	65.—	65.—
Rheinische Creditbank	232.—	227.—
Südd. Diskonto-Ges.	345.—	—.—
Wiener Bankverein	155.—	160.—
Württbg. Notenbank	670.—	660.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	2150.	2200.
Gelsenkirchen	2270.	2370.
Harpener	5020.	5000.
Laurahütte	—.—	—.—
Aschaff. Zellstoff	900	900.—
Grün & Bilfinger	718.—	720.—
Zementw. Heidelberg	1110.	1100.
Bad. Anilin	1565.	1550.
Scheideanstalt	1385.	1350.
Höchster Farben	1109.	1165.
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	530.—	530.—
Gebr. Junghans	502.—	490.—
Adler & Oppenheimer	—.—	—.—
B. Masch. Badenia	550.—	550.—
Maschfabr. Durlach	1000.	1000.
Maschfabr. Gritzner	—.—	1405.
Haid & Neu	810.—	790.—
Maschfabr. Karlsruhe	—.—	945.—
Oberursel	588.—	561.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	501.—	500.—
Elsässer Baumwolle	900.—	920.—
Spinnerei Ettlingen	1560.	1570.
Uhrenfabr. Furtwang.	—.—	750.—
Waggon-Fabrik Fuchs	595.—	572.—
Zellstoff Waldhof	885.—	852.—
Zuckerfabr. Waghäusel	795.—	828.—
Zuckerfabr. Frankenth.	820.—	825.—
Benz Motoren	525.—	520/50
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	805.—	820.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	15.Sep.	18.Sept
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	—.—	—.—
5% III „ „	100.—	99.90
4½ IV—V „	84.75	84.75
4½ VI—IX „	71.75	71.75
4½ 1924er „	90.75	90.50
5% Deutsch. Reichsanl.	75.25	77.50
4% „ „	229.—	226.—
3½% „ „	143.—	139.—
3% „ „	503.—	500.—
Deutsche Prämienanl.	79.30	79.50
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ „ 1922	98.60	98.70
4% Preußische Konsols	85.—	83.—
3½% „ „	73.50	71.50
3% „ „	91.—	88.—
4% Bad. Staatsanl. 08/14	76.50	76.—
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	548.—	525.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	7500.	7025.
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	—.—	2200.
Deutsch-Australien	690.—	735.—
Hamburger Paketfahrt	560.—	610.—
Hambg.-Südamerika	1305.	1315.
Hansa D.-Schiffahrt	468.—	475.—
Norddeutscher Lloyd	441.—	474.—
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	1400.	1475.
Darmstädter Bank	302.—	301.—
Deutsche Bank	600.—	590.—
Diskonto-Commandit	413.—	410.—
Dresdener Bank	338.50	338.—
Nationalbank	—.—	—.—
Oesterr. Credit	210.—	228.—
Reichsbank	246.—	251.—

Industrie-Papiere	15.Sep.	18.Sept
Accumulatoren	1675.	1648.
Adlerwerke	520.—	505.—
Alexanderwerke	475.—	486.—
A. E. G.	745.—	729.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1940.	2045.
Augsburg-Nürnberg	1249.	1180.
Badische Anilin	1515.	1550.
Bergmann Elektrizität	640.—	618.
Berl. Anh. Maschinen	545.—	545.—
Berliner Maschinen	1515.	1510.
Bing Nürnberg	525.—	521.—
Bismarckhütte	—.—	—.—
Bochumer Guß	2100.	2275.
Gebrüder Böhler	2710.	—.—
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	1150.	1060.
Chem. Grießheim	1055.	1075.
Chem. Albert	1500.	1510.
Daimler Motoren	439.—	440.—
Dessauer Gas	576.—	561.—
Deutsch-Luxemburg	2110.	2300.
D. Eisenbahn S. W.	501.—	520.—
Deutsch Erdöl	2650.	2550.
Deutsches Kali	1900	2050.
Deutsche Waffen	2240.	2225.
Deutsch Eisenh.	67.—	625.—
Dynamit Trust	851.—	842.—
Elberfelder Farben	1145.	1172.
Eschweil. Bergwerke	1175.	1190.
Feldmühle Papier	675.—	700.—
Felten & Guilleaume	998.—	1055.
Filter Brautechnik	—.—	—.—
Gaggenau	670.—	665.—
Gasmotoren Deutz	798.—	790.—
Gelsenkirchen	2207.	2400.
Genschow	678.—	641.—
Goldschmidt	1040.	1074.
Gritzner Maschinen	1500.	1405.
Hannover Maschinen	3500.	3600.
Hannover Waggon	635.—	635.—
Harpener	4950.	4935.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	900.—	860.—
Höchster Farben	1175.	1150.
Hösch Eisen	2300.	2250.

	15.Sep.	18.Sept
Hohenlohe	1555.	1600.
Kali Aschersleben	1500.	1490.
Maschfabr. Karlsruhe	860.—	900.—
Ver. Köln.-Rottweil	875.—	900.—
Kostheimer Cellulose	680.—	750.—
Kyffhäuser	575.—	490.—
Lahmeyer Co.	391.—	395.—
Laurahütte	3000.	2875.
Lindes Eismaschinen	685.—	695.—
Ludwig Löwe	1192.	1245.
Lothringer Zement	655.—	700.—
Mannesmann	1500.	1575.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	935.—	910.—
Oberschl. Eisenindustr.	830.—	825.—
Oberschl. Kokswerke	1725.	1735.
Orenstein & Koppel	1330.	1440.
Phönix Bergwerke	2975.	2925.
Rheinisch Metall	400.—	430.—
Rheinisch Stahl	1950.	1985.
Rombacher Hütte	919.—	890.—
Rütgerswerke	815.—	800.—
Sachsenwerke	585.—	550.—
Schuckert & Co.	982.—	1005.
Siemens & Halske	1740.	1800.
Sinner Brauerei	650.—	640.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	2030.	2060.
Stollberger Zink	1900.	1840.
Türkischer Tabak	—.—	—.—
Varziner Papier	780.—	779.50
Vereinigt. D. Nikel	1600.	1690.
Vereinigt. Glanzstoff	2820.	2900.
Vereinigt. Stahl Zypen	7000.	7000.
Wanderer Fahrrad	1749.	1775.
Westeregeln Alkali	1865.	1900.
Zellstoff Waldhof	890.—	835.—
Otavi Minen	—.—	—.—
Otavi Genuß	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	900.ex	900.—
Pomona	44000.	46500.
Kollmar & Jourdan	1750.	1750.
Hacketal Draht	—.—	—.—
Lothringer Hütten	—.—	1710.

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 18. September.

	16. Sept. Geld	16. Sept. Brief	18. Sept. Geld	18. Sept. Brief
Brüssel	10489.50	10510.50	10689.30	10710.70
Holland	56893.—	57007.—	57742.20	57857.80
London	6543.40	6556.60	6618.30	6631.70
Paris	11313.60	11336.40	11288.70	11311.30
Schweiz	27872.10	27927.90	27972.—	28028.—
Spanien	22622.30	22672.70	22477.50	22522.50
Italien	6206.20	6218.80	6231.20	6243.80
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	31568.40	31631.60	31268.70	31331.30
Norwegen	24575.40	24624.60	24975.—	25025.—
Schweden	38911.—	38989.—	39560.40	39639.60
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	1478.50	1481.50	1491.—	1494.—
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	2.00	2.05	1.92	1.96
Budapest	60.93	61.07	61.93	62.07
Prag	4870.10	4879.90	4857.60	4867.40

w. Berlin, 18. September.

	16. Sept. Geld	16. Sept. Brief	18. Sept. Geld	18. Sept. Brief
Amsterdam	57128.50	57271.50	57428.10	57571.90
Brüssel	10661.65	10688.35	10661.65	10688.35
Christiania	24818.90	24881.10	25218.40	25281.60
Kopenhagen	31360.75	31439.25	31061.10	31138.90
Stockholm	39051.10	39148.90	39051.10	39148.90
Helsingfors	3196.—	3204.—	3235.95	3244.05
Italien	6317.05	6332.95	6217.20	6232.80
London	6546.80	6563.20	6591.75	6608.25
Newyork	1485.64	1489.36	1490.63	1494.37
Paris	11285.85	11314.15	11260.90	11289.10
Schweiz	27865.10	27934.90	27865.10	27934.90
Spanien	22471.85	23528.15	22396.95	22453.05
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	2.03	2.07	1.95½	1.99½
Prag	4744.05	4755.95	4893.85	4906.15
Budapest	59.92	60.08	58.92	59.08
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	888.85	891.15	898.85	901.15
Buenos-Aires	524.32½	525.67	529.32½	530.67½
Japan	711.60	713.40	719.10	720.90
Rio de Janeiro	184.76	185.24	184.76	185.24

Abenddevisen.

Frankfurt, 18. Sept.

Brüssel	10500	Paris	11300
Holland	57700	Italien	—
London	—	Neuyork	1500
Schweiz	27900		

Tendenz: behauptet.

w. Zürich, 18 September.

	16.Sep.	18.Sept
Holland	207.—	207.—
Deutschland	0.36½	0.36
Wien	0.00⁸/₁	0.00⁸/₁
Prag	17.45	17.40
Paris	40.70	40.70
London	23.68	23.61
Italien	22.45	22.35
Brüssel	38.50	38.20
Budapest	0.21	0.21
Newyork	535.½	537.—
Agram	1.90	1.80
Warschau	0.08	0.08
Kopenhagen	114.—	113.50
Stockholm	141.—	141.30
Christiania	90.—	90.—
Madrid	80.80	81.50
Buenos-Aires	192.—	191.—
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	(a) vorbörsl.	(b) nachbörsl.
Holland	570—590	575—585
Schweiz	270—285	275—282
Paris	108—115	110—113
Belgien	103—110	105—109
London	6450—6650	6525—6625
Neuyork	1460—1520	1475—1510
Italien	64—65	64—65
	Tendenz ruhig.	Tendenz geschäftslos.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg